Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Februar 2015

Für ein friedliches und weltoffenes Schwerin









Seit Anfang Januar marschiert der Pegida Ableger MVgida durch die Straßen unserer Landeshauptstadt. Dies wird sich voraussichtlich bis Mai 2015 fortsetzen, solange sind bereits „Spaziergänge“ der Anhänger angemeldet. Unter den Demonstranten finden sich Abgeordnete und Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Landtag und bekannte Rechtsextremisten aus dem Norden. Dies nahm die Linksfraktion in der Stadtvertretung zum Anlass, einen interfraktionellen Antrag mit CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Unabhängigen Bürgern auf den Weg zu bringen, der noch einmal klarstellt, für welche Werte die demokratischen Fraktionen in Schwerin stehen. Den Beschlusstext überbrachten Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow und Stadtpräsident Stefan Nolte den in strömendem Regen ausharrenden Gegendemonstranten. Als MVgida den Marktplatz erreichte, um dort seine Kundgebung abzuhalten, unterbrach die Stadtvertretung ihre Sitzung und beschützte symbolisch hinter dem Banner des Bündnisses für ein friedliches und weltoffenes Schwerin das Rathaus.

Jahresplanung und unbequeme Mathematik



Ein neues Jahr hat begonnen und wie immer fragt man sich, was wird es uns bringen. Für unseren Kreisverband sehe ich in diesem Jahr zwei Schwerpunkte. Im ersten Halbjahr werden wir unsere Strukturdebatte zu einem Ende führen. Ziel ist es dabei, dass wir am Ende drei Stadtteilorganisationen haben, die stark genug sind, Wahlkämpfe, wie sie 2016 vor uns liegen, zu gestalten. Die Zahl drei ist dabei den bestehenden Kommunalwahlbereichen entlehnt, die auch Grundlage für unsere Struktur sein sollen. Dies hat der Kreisvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen. Ziel ist es letztendlich zu Strukturen zu finden, die sich selbst tragen können, mit Vorständen oder Sprecherräten, in denen Jung und Alt zusammenarbeiten sollen. Die Verteilerstrukturen sind zu berücksichtigen und wir müssen gewährleisten, dass jüngere Mitglieder intensiv einbezogen werden. In den Stadtteilorganisationen, über deren Namen auch noch zu entscheiden sein wird, ist auch Kompetenz zu bündeln, damit Infostände durchgeführt werden können und unsere Mitglieder beispielsweise in der Argumentation voneinander lernen können. Das alles klingt selbstverständlich, ist jedoch eine komplizierte Aufgabe und die Vorbereitung läuft in der Geschäftsstelle auf Hochtouren. Doch für all das haben wir nur im ersten Halbjahr Zeit.

Im zweiten Halbjahr wird die Wahlvorbereitung im Vordergrund stehen. 2016 stehen zwei Wahlen ins Haus. Vor der Sommerpause 2016 werden die Oberbürgermeisterwahlen in Schwerin stattfinden. Nach der Sommerpause, Anfang September, wird die Landtagswahl stattfinden. Leider wird es aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, beide Wahlen auf einen Tag zu legen. So kommt ein doppelter Wahlkampf auf uns zu und unsere neuen Strukturen werden eine echte Bewährungsprobe haben.

Wohl kaum eine Wahl in Europa wurde auf dem Kontinent so intensiv begleitet wie die Wahl in Griechenland. Eindeutiger Wahlsieger ist unsere Schwesterpartei, die Syriza mit Gen. Tsipras an der Spitze. Die Kommunisten verweigerten eine Koalition und mit den Verlierern ist, im wahrsten Sinne des Wortes, in Griechenland kein Staat zu machen. Übrig blieb nur eine Partei, die den Sparkurs der Troika ablehnte und gleichzeitig im deutlich rechten Spektrum der griechischen Parteienlandschaft steht. Hierzulande wäre eine solche Koalition nie denkbar, aber scheinbar ticken da in Griechenland die Uhren anders. Alexis Tsipras hatte eine Mehrheit zu finden und die hat er gefunden. Unbequeme Mathematik, das ist richtig, aber eine andere praktische Lösung gab es nicht. Ich persönlich bin daher nicht begeistert, aber ich kann die Koalitionsbildung nachvollziehen. Die ersten Signale der neuen Regierung stimmen positiv, Rentenerhöhung, Anpassung des Mindestlohnes, neue Töne gegenüber Russland, die trotzdem durchaus kritisch sind. Hier kommt Bewegung in Europa und ich bin sehr gespannt, ob Griechenland den von mir erhofften Beitrag zum Ende der kaputtsparenden Sparpolitik in Europa leisten kann. Syriza und Gen. Tsipris haben meine vollste Solidarität und Sympathie.

Gespannt bin ich auch, wie es mit Pegida weitergeht. Nach Führungsstreit ist die Bewegung gespalten, ruft zu getrennten Demos auf. Und wie sieht es in Schwerin aus? Ich selbst bin sehr gewillt, zu akzeptieren, dass Politikverdrossenheit eine der Ursachen von Pegida ist. Menschen, die sich durch die Demokratie nicht mitgenommen fühlen, die aus sozialer und finanzieller Verunsicherung heraus Zukunftsängste aufgebaut haben und kaum über positive demokratische Erfahrungen verfügen, gibt es leider genug. Auch wir müssen als Partei unsere Rolle dabei hinterfragen, sind doch auch wir Bestandteil des demokratischen Systems. Den Aufruf dieser Menschen an die Politik, sich zu verändern, könnte ich sehr gut nachvollziehen und unterstützen. Jedoch, wer sich hier in Schwerin hinter bundesweite Nazigrößen, wie den Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion, Herrn Pastörs, oder den Nazi Thomas „Steiner“ Wulff aus Hamburg stellt und mit ihnen mitläuft, stellt sich außerhalb meiner gebotenen demokratischen Toleranz. Dafür habe ich kein Verständnis und damit auch keine Gesprächsgrundlage. Und dann kommt die zweite unbequeme Mathelektion. Auch hier geht es um Mehrheiten, um Mehrheiten, die sich dem dumpfen Nazimief entgegensetzen. Für den 9. und 23. Februar sind bereits wieder Demos der Nazis und ihrer Freunde angemeldet. Wir müssen mit dafür sorgen, dass auf dem Alten Garten mehr Demonstranten stehen als um die Siegessäule. Das ist die aus meiner Sicht wichtigste aktuell anstehende Aufgabe. Mobilisiert Euch selbst, Eure Kinder und Enkel, Freunde und Bekannte. Wir dürfen den Nazis nicht unsere Straßen und Plätze überlassen. Hier geht es nicht nur darum, dass DIE LINKE Flagge zeigt. Hier geht es darum, dass die Stadtgesellschaft Flagge zeigt. Der LINKEN stünde es gut zu Gesicht, sich hier prägend mit einzubringen. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir uns auf der nächsten Gegenkundgebung auf dem Alten Garten sehen.

Euer Kreisvorsitzender

Peter Brill

Impressum
„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de,
Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill
nächste Ausgabe: 13.3.2015

Haushalt 2015 mit großer Mehrheit beschlossen



Auch 2015 muss die Landeshauptstadt Schwerin Schulden machen. Mit 13,7 Mio. Euro fällt das Defizit jedoch geringer aus, als in den vergangenen Jahren. Zwar enthält der neue Haushalt auch moderate Gebührenerhöhungen (Schwimmhalle und Bibliothek) sowie Steueranhebungen (Grundsteuer A, Hundesteuer und Vergnügungssteuer), der große Kahlschlag blieb jedoch auch Dank des Engagements der LINKEN und ihrer Oberbürgermeisterin aus. Grundsteuer B und Gewerbesteuer wurden nicht erhöht, Zweigbibliotheken und Kultureinrichtungen nicht geschlossen und ein Kurzstreckenticket eingeführt, obwohl dieses den Ertrag aus den Fahrpreiserhöhungen beim Nahverkehr um 200 Tausend Euro schmälert. Der Schwerpunkt bei den Investitionen liegt in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Kultur und Sport sowie Kinder und Jugend. Insgesamt sollen im Jahr 2015 rund 25,2 Millionen Euro investiert werden. Dazu gehören unter anderem der Ersatzneubau Goethegymnasium, der Bau des Heinrich-Heine-Horts in der Werderstraße 68 – 70, der Ausbau des Sportparks Lankow, die Bahnbrücke Wittenburger Straße, diverse Straßenbeleuchtungsmaßnahmen und die Umrüstung auf LED sowie die Hafenanlage Kaninchenwerder. Zudem bereiten Planungen die Investitionen der nächsten Jahre vor. Dazu gehören unter anderem die Sanierung der Berufsschule Technik und Bautechnik in Lankow, die Sanierung der Rogahner Straße, die Innensanierung Heinrich-Heine-Schule und Umbauten für den Innenstadthort in der Friedensstraße 4.

Am grundsätzlichen Problem der strukturellen Unterfinanzierung hat sich nichts geändert. Seit dem Kommunalwahlkampf ist dies die nahezu übereinstimmende Position der Stadtvertretung. Stefan Schmidt verwies als Finanzexperte der LINKEN darauf, dass Schwerin pro Einwohner 400 Euro mehr ausgibt, als benachbarte Landkreise. Dies müsse auch das Innenministerium endlich anerkennen. Ohne diese Lasten würde die Stadt sogar Überschüsse erwirtschaften. Aber es gibt eine neue Qualität. Stadtvertretung und Stadtverwaltung reden weitestgehend mit einer Stimme und dies ist angesichts der sich fortsetzenden Auseinandersetzung mit dem Innenministerium auch notwendig.

Henning Foerster

Erfolgreiche Aktion Stadtradeln wird 2015 fortgesetzt



Dies hatte die Linksfraktion beantragt. Die Aktion war eine Erfolgsgeschichte mit neuen Rekorden in ganz Deutschland. In nahezu 300 Kommunen radelten deutschlandweit über 86.000 Menschen bei der Klima-Bündnis-Kampagne STADTRADELN für mehr Radverkehrsförderung und mehr Klimaschutz. Schwerin nahm zum ersten Mal teil und konnte 800 Bürger motivieren, 20 t/CO2 zu vermeiden, indem sie 136.555 km gemeinsam in 70 Team´s mit Fahrrad fuhren. Dieses Ergebnis soll 2015 verbessert werden, indem weitere Teilnehmer gewonnen werden. Die ersten Vorbereitungen für 2015 laufen. Die BARMER GEK ist als Sponsor wieder dabei und wird im Juni das Event „Deutschland bewegt“ in Schwerin starten und die Stadtwerke haben schon aufgerufen, mit dem Rad zu den Veranstaltungen des Musikfestivals zu fahren. An dieser Stelle auch mal ein Dankeschön an den rührigen Koordinator Dieter Prösch.

Würdigung des Ehrenamtes



Die Stadt würdigte in den letzten Jahren die ehrenamtliche Arbeit von Schwerinerinnen und Schwerinern. Unter den Geehrten in diesem Jahr war mit Klaus Marksteiner auch ein langjähriger Mitstreiter aus unseren Reihen dabei. Ab 2015 soll die Ehrung dann auch mittels Ehrenamtscard erfolgen. Diese wird den für die Ehrung vorgeschlagenen für 2 Jahre überreicht und soll diesen beispielsweise Vergünstigungen beim Besuch von Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie bei ausgewählten Veranstaltungen bringen. Die Linksfraktion setzte durch, dass die Stadtvertretung die Landesregierung aufforderte, eine landesweite Ehrenamtskarte, ggf. unter dem Dach der vom Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Ehrenamtsstiftung, auf den Weg zu bringen.

Bericht aus dem Rathaus

von Henning Foerster

Fraktionen verständigen sich über BUGA Millionen

Die BUGA 2009 war eine tolle Werbung für unsere Stadt und auch finanziell ein voller Erfolg. Sie hat unsere Stadt vor allem touristisch vorangebracht. Dies war nicht nur der Verdienst der Kommunal- und der Landespolitik, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger, die sich tatkräftig für die Bundesgartenschau engagiert haben. Unser Ziel war und ist es deshalb, dass Schwerin langfristig vom Überschuss der BUGA profitiert und möglichst viele Menschen etwas davon haben.

Deshalb wird das Stiftungskapital der Schweriner Bürgerstiftung nochmals um eine Million Euro aufgestockt. Der Stiftungszweck ist breit gefächert, so dass aus den Zinserlösen zukünftig, unabhängig von der konkreten Haushaltssituation, Sport und Kultur ebenso gefördert werden können wie die Jugend- und Altenarbeit, soziale Projekte oder das Ehrenamt. Eine weitere Million Euro aus den BUGA - Millionen wird zur Reduzierung des Defizits im Haushalt 2015 eingesetzt. Unsere schwierige Haushaltslage macht es erforderlich, dass ein Teil des Überschusses zur Haushaltskonsolidierung verwendet wird. Die verbleibenden Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro sollen nach dem Willen der fünf Stadtfraktionen zur Stärkung des Zoos, für den Erhalt und die Pflege der ehemaligen BUGA-Flächen, für die Weltkulturerbe-Bewerbung, zur Förderung von Aktivitäten in den Ortsbeiräten sowie für dringend notwendige Baumaßnahmen im Eisenbahnmuseum eingesetzt werden.

LINKE unterstützt sunnitische Gemeinde

Gerade in Zeiten, in denen nach dem Terrorakt in Paris viele Muslime unter Generalverdacht gestellt werden, geht es darum, die in unserer Stadt ansässigen und gut integrierten Mitbürger dieses Glaubens zu unterstützen. Die sunnitische Gemeinde ist mit ihren Gebetsräumen derzeit noch in einer alten, abrissreifen Kindertagesstätte in der Anne-Frank-Straße untergebracht. Fraktionschef Henning Foerster hatte die Gemeinde im vergangenen Jahr besucht und sich gemeinsam mit dem damaligen Baudezernenten Wolfram Friedersdorff um eine alternative Unterbringung bemüht. Bislang ohne Erfolg, deshalb stellte die Fraktion erneut einen Antrag. Die Verwaltung prüft derzeit das Angebot eines Investors für die Fläche, der diese nur dann erhalten soll, wenn er eine alternative Unterbringung zu moderaten Kosten für die Gemeinde findet. Dies war nötig, da sich im direkten Umfeld keine geeigneten, kommunalen Gebäude befinden und die Gemeinde im Süden Schwerins bleiben möchte.

LINKE schlägt Kompromiss für Hochhäuser in Lankow vor

Die Emotionen schlagen hoch, seit in den Medien bekannt wurde, dass die städtische WGS den Verkauf oder den Abriss von Hochhäusern in Lankow plant. Fakt ist, dass die hohen Kosten, welche mit einer Sanierung verbunden wären, für alle Hochhäuser durch das städtische Unternehmen nicht getragen werden können. Helmut Holter machte für die LINKE deutlich, dass man sowohl die Sorgen und Nöte der Einwohner ernst nehmen müsse, ohne dabei die Verantwortung für die WGS aus den Augen zu verlieren. Wenn eine Sanierung aller Hochhäuser nicht möglich sei, könnte der Kompromiss darin bestehen, 2 Häuser zu sanieren und damit für den Stadtteil zu erhalten. Damit hätten die WGS-Mieter, die sowohl beim kommunalen Unternehmen, als auch in einem Hochhaus wohnen bleiben möchten, eine Alternative in ihrem Stadtteil. Die anderen Hochhäuser könne man mit Hilfe von Fördermitteln ggf. abreißen und die Flächen weiterentwickeln. Einem Verkauf, zumal an Gesellschaften ohne wirkliches Interesse an einer Aufwertung der Gebäude, erteilte er namens der Linksfraktion eine klare Absage.



Behindertenbeauftragter oder Beirat?

Eigentlich ist die Entscheidung in der Vergangenheit gefallen. Ein Beirat, logistisch unterstützt durch ein Büro und entsprechende Technik, soll Menschen mit Behinderungen behilflich sein, sie beraten, ihre Anliegen an die Politik herantragen oder eigene Initiativen ergreifen. Daran erinnerte Peter Brill in seinem Statement für die LINKE. Allerdings mangelt es nach dem Ausscheiden von Personal in der Verwaltung wohl ein wenig an der notwendigen Unterstützung. Da ähnliches auch vom Seniorenbeirat vorgetragen wird, sind Politik und Verwaltung aufgefordert, nach einer Lösung zu suchen.

Schleswig-Holstein-Haus bleibt städtisch

Mit überraschender Einmütigkeit hat sich die Stadtvertretung für die Stärkung des Schleswig-Holstein-Hauses als städtisches Kulturforum ausgesprochen. War noch vor zwei Jahren, insbesondere von der SPD, eine Privatisierung angestrebt worden, stimmten jetzt alle Stadtvertreter für das neue Konzept, mit dem die Attraktivität und damit auch die Besucherzahl, also die Einnahmen erhöht werden sollen. Für die LINKE trat Julia-Kornelia Romanski ans Mikrofon und betonte, dass die Entscheidung der Fachausschüsse für ein gutes, auf Nachhaltigkeit angelegtes Konzept, die Zustimmung der Linksfraktion finde.
Jetzt gelte es, eine Leitung zu finden, die den Vorhaben weniger, aber hochwertigere Veranstaltungen und begleitende Programme für unterschiedliche Zielgruppen anzubieten sowie über einen Förderverein zusätzliche Gelder einzuwerben, gerecht werden könne.

LIVE-Stream bei Bürgerfragestunden

Es war die LINKE, die 2012 als erste dafür eintrat, die Debatten der Stadtvertretung transparent zu machen und im so genannten LIVE-Stream zu übertragen. Jeder Bürger der Stadt, der über einen Internetanschluss verfügt, kann sich zuschalten und damit ohne im Rathaus sitzen zu müssen, mitverfolgen, wie die Vertreter der einzelnen Fraktionen argumentieren und welche Entscheidungen sie treffen. Zum Start des Angebotes im vergangenen Jahr hatten sich mehr als 1.200 Interessierte zugeschaltet, zuletzt waren es immer noch mehrere hundert. Fraktionschef Henning Foerster wies die Kritik der CDU an der Übertragung der Bürgerfragestunde zurück. Die Technik und das Personal sind da, Mehrkosten werden nicht erzeugt und der Datenschutz ist durch die Notwendigkeit, das Einverständnis zur Übertragung einzuholen, gegeben.

Bericht aus dem Rathaus

von Henning Foerster

Fläche der Schwimmhalle Lankow soll entwickelt werden

Die Würfel sind gefallen. Mit der Neueröffnung der Schwimmhalle auf dem Großen Dreesch, in der Bevölkerungsschwimmen und Schwimmsport unter modernsten Bedingungen eine neue Heimat gefunden haben, wird die alte Lankower Schwimmhalle geschlossen. Damit diese nicht dem Vandalismus anheim fällt, sollten Politik und Verwaltung sich zügig dazu verständigen, wie die Fläche entwickelt werden kann, machte Fraktionsvize Gerd Böttger in seiner Rede deutlich. Einen Umbau zur Handballhalle unter Beibehaltung der Sauna durch einen privaten Investor schloss die Stadt aus, da dies nur unter eigener Beteiligung möglich sei und erhebliche Risiken berge.

Ideen für nicht genutzte Gewerbeflächen gefragt

Hinter dem sperrigen Begriff eines Strategischen Leerstandsmanagements verbirgt sich die Idee, leer stehende und derzeit nicht verwertbare Gebäude an junge Unternehmen, Künstler und Kreative zu geben, damit diese sie einer sinnvollen Zwischennutzung zuführen können. Auch Nachbarschaftsprojekte sind denkbar. Ein interessanter Ansatz, so André Walther für die LINKE, der jedoch zu bedenken gab, dass die Mehrzahl der in Rede stehenden Gebäude nicht in städtischer Hand sein dürften. Von daher sollte die Idee in den Fachausschüssen weiter diskutiert und qualifiziert werden.

Vermittlung bei Streitigkeiten im Jobcenter

Die Zahl von Widersprüchen und Klageverfahren im Zusammenhang mit Angelegenheiten des SGB II ist immer noch hoch. Das statistische Landesamt weist im Jahrbuch 2014 für das Vorjahr 2013 allein 6.186 abgeschlossene Verfahren nach. Gerichtsverfahren sind häufig langwierig. Hilfesuchende wenden sich deshalb nicht nur an Fachanwälte, sondern auch an den Petitionsausschuss des Landtages oder den Bürgerbeauftragten des Landes MV. Letzterer verweist in seinem 19. Jahresbericht darauf, dass „ein Schwerpunkt der Tätigkeit die Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden zum Rechtskreis SGB II bleibt." Gegenüber 2012 (364) stieg die Zahl der Petitionen 2013 (383) wieder an. Die LINKE regt daher die Schaffung einer Ombudsstelle an, die als unabhängige Schieds- und Ansprechstelle für Kundinnen und Kunden des Jobcenters agiert und in Form einer neutralen Person in außergerichtlichen Verfahren und bei Konflikten vermittelt.

Sportinfrastruktur wird verbessert

Mit der positiven Entscheidung für den Fördermittelbescheid an den FC Mecklenburg kann im Frühjahr der Neubau eines Funktionsgebäudes mit Tribünenteil im Sportpark beginnen. Damit verbessern sich die Bedingungen für den Breiten- und Leistungssport erheblich. Zudem steigt die Attraktivität für die Besucher.

Interfraktioneller Antrag

Keine Ängste schüren – Gemeinsam für ein friedliches und weltoffenes Schwerin

1. Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin ist erschüttert über die Anschläge, die vor wenigen Tagen in Frankreich siebzehn Menschen das Leben gekostet haben. Mit Entsetzen und Fassungslosigkeit haben die Mitglieder der Stadtvertretung die Anschläge aufgenommen. Sie trauern mit den Angehörigen der Toten.
2. Die Stadtvertretung bekennt sich zum gemeinsamen, gewaltfreien und friedlichen Engagement für Menschenwürde und Menschenrechte, zur Meinungs- und Pressefreiheit, zu Demokratie und Toleranz, zur Religions- und Gewissensfreiheit sowie zum friedlichen Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt.
3. Deshalb unterstützt die Stadtvertretung Gespräche und Begegnungen im Rahmen des interreligiösen Dialogs, des runden Tisches Soziales, des runden Tisches Asyl und weiterer Initiativen, die darauf gerichtet sind, Ängste und gegenseitige Vorbehalte abzubauen, Integrationsbemühungen zu unterstützen sowie das Interesse aneinander und die Aufmerksamkeit füreinander zu entwickeln.
4. Die Stadtvertretung ruft die Schwerinerinnen und Schweriner dazu auf, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit weiterhin keine Chance zu geben. Schwerin ist eine weltoffene Stadt.

Begründung:

Die Attentate in Frankreich, die sich gegen Leib, Leben, Meinungs- und Pressefreiheit richteten, haben nichts mit dem Islam zu tun. Es handelt sich vielmehr um die Taten von Terroristen. Deren Ziel, die Gesellschaft zu spalten, darf auch in Schwerin keinen Erfolg haben. Jede Schwerinerin und jeder Schweriner kann helfen, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken.

Unsere Stadtgesellschaft ist offen und tolerant gegenüber ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, auch Muslimen. Dies ist nicht zuletzt dem Engagement zahlreicher, in Vereinen und Verbänden aktiver Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu verdanken, die sich in Zusammenarbeit mit Ortsbeiräten, Verwaltung, Wohnungsgesellschaften, Kirchen und Polizei um eine gelungene Integration bemühen.

Bestehende Ängste und Vorbehalte müssen weiter abgebaut werden. Demonstrationen gegen jene, die den Hass der Terroristen auf unsere offene Gesellschaft mit dem Hass auf religiöse Minderheiten, Flüchtlinge oder Migranten beantworten sind ein wichtiges Zeichen, reichen aber allein nicht aus. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen müssen weiter aufeinander zugehen und sich kennenlernen. Geeignete Gesprächs- und Begegnungsformate, die diesen Dialog ermöglichen, sollen durch Stadtverwaltung und Stadtvertretung unterstützt werden.

Klares Votum der Bürgerinnen und Bürger: Kein ISDS!



Die Europäische Kommission befragte die Bevölkerung der EU nach ihrer Meinung zu ISDS. 150.000 haben geantwortet, fast alle lehnten ein Klagerecht für Konzerne vor Sondergerichten ab.

Das ist eine klare Botschaft: Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Landesregierungen und kleine und mittelständische Unternehmen wollen keine Sondergerichte für Konzerne gegen Staaten! Die Rekordbeteiligung von 150.000 Antworten auf die Fragen der Kommission hat gezeigt, wie intensiv dieses Thema in der Bevölkerung diskutiert wird. Nach Übergabe von einer Million Unterschriften gegen TTIP an Kommissionspräsident Juncker im vergangenen Dezember ist das Ergebnis der Konsultation ein weiterer Beleg dafür, dass die öffentliche Meinung dieses Projekt der Großkonzerne ablehnt.

Doch obwohl die Kommission dieses Ergebnis auf 140 Seiten detailliert beschreibt, lautet ihr Fazit anders: es gäbe lediglich in vier Bereichen Nachbesserungsbedarf an ISDS. In den kommenden Wochen wolle man mit Parlament und Interessensgruppen beraten, wie dies in die Gespräche mit den USA aufgenommen werden könne. Im Gegensatz zu den kleinen Unternehmen hatten sich Wirtschaftsverbände und große Unternehmen für das Sonderklagerecht eingesetzt.

Es wäre ein schwerer Fehler der Kommission, die Meinung der Bevölkerung zu ignorieren. Der Bericht führt klar an, dass der ISDS-Mechanismus als Bedrohung für die Demokratie und die öffentlichen Finanzen wahrgenommen wird.

Die Kommission sollte nun entsprechend des deutlichen Votums der Bürgerinnen und Bürger handeln und ISDS sofort beerdigen. Auch aus dem mit Kanada ausgehandelten Handelsabkommen CETA muss ISDS gestrichen werden. Darüber stimmen wir im Herbst ab. Dem Votum der Bürgerinnen und Bürger wird das Votum der von ihnen gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament folgen.

Hintergrund:

Mit dem ISDS-Instrument wird Konzernen ein Klagerecht vor Sondertribunalen gegen Regierungen an die Hand gegeben, wenn beispielsweise Umwelt- oder Verbraucherschutzgesetze die Profiterwartungen verringern. Bei den Tribunalen handelt es sich um private Schiedsgerichte, gegen deren Entscheidungen keine Revisionsmöglichkeit vorgesehen ist. Letztlich kann ISDS damit Regierungen davon abhalten, Politik im öffentlichen Interesse zu verfolgen. Dass Unternehmensklagen gegen Staaten alles andere als eine Drohkulisse sind, belegen die Fakten: Die Zahl solcher Klagen ist von einem Dutzend Mitte der 1990er Jahre auf 568 bekannte Fälle (2013) gestiegen.

Helmut Scholz
handelspolitischer
Sprecher der Linksfraktion
im Europäischen Parlament.

Eine Chance für einen Politikwechsel in Europa

Auszüge

Syriza schlägt die Neuverhandlung der Troika-Auflagen vor. Hauptziel ist die Ermöglichung eines Programms zur Bekämpfung der humanitären Krise: Versorgung der ärmsten Familien mit Elektrizität, Nahrungsmittelgutscheine, Zugang für alle zum Gesundheitswesen, verbilligter Wohnraum zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und eine Senkung der Besteuerung von Heizöl auf Vorkrisen-Niveau. Dieses Programm würde jährlich 1,8 Mrd. Euro kosten. Eine von Syriza geführte Regierung will – so programmatische Äußerungen des Links-bündnisses – nach den Sofortmaßnahmen zur Linderung der humanitären Krise in einem zweiten Schritt umgehend ein soziales Investitionsprogramm auf den Weg bringen, mit dem die Arbeitslosigkeit bekämpft und die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht werden kann. Ein solches mittelfristiges Programm soll rund 11,5 Mrd. Euro kosten und aus inländischen Mitteln finanziert werden, etwa durch Verbesserung der Steuererhebung und Bekämpfung des Schmuggels . Tatsache ist aber auch, dass heute 228 Mrd. Euro Forderungen an Griechenland in öffentlicher Hand liegen. Daher ist es nicht überrascht, wenn aus Berlin und Brüssel übereinstimmend erklärt wird, dass ein Schuldenschnitt derzeit kein Thema sei. Mittlerweile wird auch von Teilen der Eliten zugestanden, dass ein einseitiges Kürzungs- und Sparprogramm – wie in Griechenland vollzogen – die Probleme nicht gelöst, sondern verschärft hat. An die Adresse der vorherigen griechischen Regierungen konstatiert Elmar Broks (CDU): „Ich kenne kein Land in Europa, in dem die normalen Bürger so von der politischen und wirtschaftlichen Klasse über 30 Jahre betrogen wurden.“ Das sei noch nicht wieder in Ordnung gebracht worden. „Man kann kein Land in Ordnung bringen, wenn das nur der kleine Mann zu zahlen hat und man erneut an die Senkung der Renten herangeht. Hier müssen Reformen gemacht werden.“ Womöglich deutet sich hier der Korridor für die anstehenden Neuverhandlungen zwischen der neuen Regierung und der EU an. Es geht aber nicht nur um Griechenland. Die Euro-Zone steckt selbst insgesamt im Krisenmodus. Der entscheidende Grund: Europa hat ein chronisches fundamentales Nachfrageproblem. In den vergangenen Jahrzehnten hat eine große Umverteilung von den Arbeitnehmern und vor allem von jenen mit geringen Einkommen zu den Unternehmen und Gutverdienenden stattgefunden. Damit wurde jenen Akteuren Geld genommen, die sehr viel von ihrem Einkommen konsumieren, zugunsten von Unternehmen und Gutverdienern, die relativ viel von ihrem Einkommen sparen. Die Umverteilung der Einkommen hat also eine große Nachfragelücke geschaffen. Das ist das Kernproblem. Die Verschärfung der Einkommens- und Vermögensungleichheit hätte politisch über die Steuerpolitik korrigiert werden können und müssen. Aber das Gegenteil ist geschehen: Unternehmen und Vermögen wurden sogar im Steuerwettbewerb der Standorte noch mehr entlastet. Die neoliberalen Strukturreformen haben die europäischen Wirtschaften und den sozialen Zusammenhalt massiv beschädigt. Der grundlegende Fehler dieser Politik ist: Unternehmen investieren nicht, wenn niemand die Waren und Dienstleistungen kauft. Die europäische Zentralbank verwaltet diesen grundlegenden Widerspruch, jüngst mit einem gigantischen geldpolitischen Programm von 1,1 Billionen Euro. Die Wahl des Linksbündnisses Syriza ist ein demokratischer Weckruf für Europa. Die EU muss aus ihren Fehlern lernen, ihr Krisenmanagement überdenken und anpassen.

Axel Troost
finanzpolitischer Sprecher
DIE LINKE. im Bundestag

Fragile Mitte

Die SPD hat ihren Koalitionspartner CDU aufgefordert, ihr Verhältnis zur AfD zur klären. Dafür gibt es gute Gründe, wie die neueste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt.

Seit zwölf Jahren analysiert die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Deutschland rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft. Die neue Studie „Fragile Mitte – feindselige Zustände“ zeigt Kontinuitäten dieser rechtsextremen Einstellungspotentiale auf, auf die Neonazis gezielt zurückgreifen. Demnach ist das gemessene Einstellungspotential von Personen leicht rückläufig, die ausländerfeindliche, antisemitische, chauvinistische und sozialdarwinistische Positionen vertreten, die das Nazi-Regime verharmlosen und eine Diktatur bevorzugen. Trotz dieses Rückgangs stellt die Studie fest, dass diese Einstellungen bei Anhängern der rechtspopulistischen Partei AfD etwa doppelt so häufig vorkommen wie bei CDU- und FDP-Anhängern. So sind neben 56 Prozent der NPD-Anhänger auch 41 Prozent der AfD-Anhänger chauvinistisch eingestellt gegenüber 12-15 Prozent bei Anhängern von CDU, FDP und SPD und 1-3 Prozent bei Anhängern von Grünen und Linken.

Mit der Übernahme der neuesten Untersuchung durch das Institut für Internationale Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter der Federführung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer und Prof. Dr. Andreas Zick mit deren Forschungsprojekt zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird nun in der FES-Studie ein Perspektivwechsel vollzogen. Neben der klassischen Auswertung der oben beschriebenen Nazi-Einstellungen erfolgt zusätzlich eine Sonderauswertung zum Antisemitismus, wird Demokratiemüdigkeit analysiert, wird marktförmiger Extremismus beleuchtet, werden europafeindliche Reflexe und menschenfeindliche Diskriminierungen untersucht. Ziel ist es, mit diesen Analysen die Verlagerung von offensichtlichen Nazi-Positionen hin zu softeren rechtspopulistischen Einstellungen zu beleuchten, die mit der Abwertung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen verbunden sind. Neben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit werden nun auch die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Behinderten, Homosexuellen, Wohnungslosen und Asylsuchenden untersucht sowie Sexismus und die Vorstellung von vermeintlichen Etablierten-Vorrechten. Dabei sind die Diskriminierungspotenziale im Osten durchgehend höher als im Westen, wobei bundesweit mit 48 Prozent der Bevölkerung die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, mit 44 Prozent die Diskriminierung von Asylsuchenden, mit 38 Prozent die Präferierung angeblicher Etablierten-Vorrechte und mit 27 Prozent die Diskriminierung von Sinti und Roma an der Spitze stehen. Solche Einstellungen kommen etwa darin zum Ausdruck, dass knapp die Hälfte der Befragten Langzeitarbeitslosen unterstellt, dass diese nicht wirklich an einem Job interessiert seien und 18 Prozent ein Verbot der Zuwanderung von Muslimen fordern. Ein rabiater Rechtspopulismus in der Gesellschaft suche Stimmengewinne durch eine mehr oder minder subtile Menschenfeindlichkeit und einem weniger offenen Chauvinismus, wird in der Studie erläutert.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Studie der Ebertstiftung einer Zunahme von sekundärem Antisemitismus, der sich in Relativierungen und Verharmlosungen bis hin zur Leugnung des Holocaust ausdrücke und versuche, einen Schlussstrich unter das Thema deutscher Schuld zu ziehen. Dies treffe auch für Kritik an der Politik Israels zu, wenn diese ausdrücklich mit NS-Bezügen, antisemitischen Bildern und Motiven verbunden sei. Immerhin meinen immer noch 50 Prozent der Befragten, dass „den Deutschen die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“ und 40 Prozent meinen, Israel führe einen „Vernichtungskrieg“ gegen die palästinensische Bevölkerung.

Besondere Anerkennung hat die Studie durch die Untersuchung des marktförmigen Extremismus verdient. Die ihm innewohnende Wettbewerbslogik und das auf Menschen bezogene Kosten-Nutzen Kalkül biete demnach bedrohten Menschen Gründe für die Abwertung Anderer, für das vermeintliche Überleben des Stärkeren oder die Ausgrenzung von Menschen wegen mangelnder Effizienz. Gerade in der Verbindung von Bedrohungsängsten und marktförmigem Extremismus vermuten die Studienmacher ein gesellschaftliches Potential, an das gegenwärtige politische Mobilisierungsversuche anknüpfen, die durch ihre Verbindung von Wettbewerbslogik mit Bedrohungsszenarien, Nationalismus und Menschenfeindlichkeit als wettbewerbspopulistisch bezeichnet werden. Interessant ist auch hier, dass AfD-Anhänger mit 38 Prozent eine mehr als doppelt so starke Zustimmung zum marktförmigen Extremismus aufweisen wie die übrigen Befragten. Es scheint, als hätten die Autoren damit die gegenwärtigen antiislamischen Proteste vorhergesehen.

Axel Holz



Andreas Zick / Anna Klein, Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Dietz-Verlag 2014, Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer

Herzlichen Glückwunsch

Die Basisorganisation 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Wolfgang Heinrich zu seinem 79., dem Genossen Alexander Gongoll zu seinem 33. und der Genossin Evelyn Göbel zu ihrem 80. Geburtstag . Am 07.02. begeht der Genosse Dirk Rosehr seinen 46. und am 09.02. die Genossin Ursula Schlegel ihren 88. Geburtstag. Die Basisorganisation 605 wünscht ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

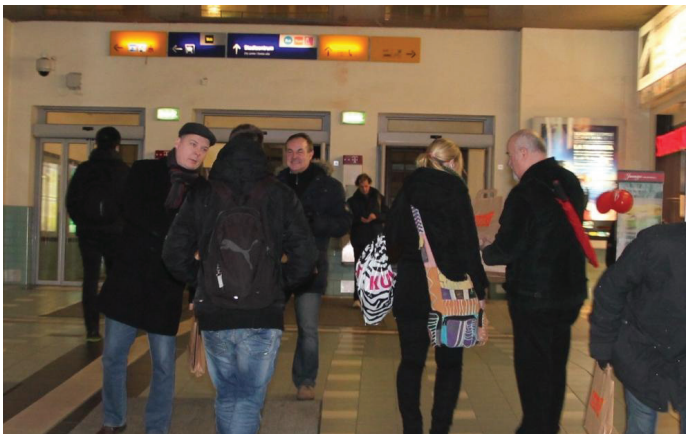
Die Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Krebsförden gratulieren recht herzlich ihrem Genossen Klaus-Dieter Neugebauer zum 66. Geburtstag. Gesundheit und viel Freude am Leben.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 321 gratulieren recht herzlich Genossen Hans Koch, der am 01.Februar seinen 80. Geburtstag beging. Glückwünsche von ihrer Basisorganisation erhalten Genosse Heinz Bendig zum 94., den er am 30.01. beging und Genosse Werner Schlechtendahl zum 91. Geburtstag, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen.

Erna Meinhard wird ihren 86. Geburtstag am 23.02.2015 feiern. Erwin Stahnke begeht am 03.03.2015 seinen 82. Geburtstag. Die Stadtteilorganisation Friedrichsthal gratulieren Julia-Kornelia Romanski am 10.2. zum Geburtstag.

Mindestlohnaktion des DGB





Auch in Schwerin informierten Mitglieder des DGB Stadtverbandes und der Einzelgewerkschaften in den frühen Morgenstunden des 12. Januar über die Regelungen des zu Jahresbeginn eingeführten, gesetzlichen Mindestlohnes. Die Aktion auf dem Schweriner Hauptbahnhof fand reges Interesse. Ruck Zuck waren mehrere hundert Tüten verteilt. Ehrensache, dass auch Henning Foerster, DGB Stadtvorstandsmitglied für die EVG und MdL die Aktion auf „seinem Terrain“ unterstützte. Wie nötig die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes in Mecklenburg-Vorpommern ist, zeigen die jüngsten Zahlen. Nach wie vor ist der Nordosten der Lohnkeller der Bundesrepublik. Nach Angaben des DGB Nord werden folglich schätzungsweise 72.500 Beschäftigte im Land von der Einführung des Mindestlohnes profitieren. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte bekam bislang weniger als 8,50 Euro. Und die Regelung ist kaum eingeführt, schon berichten Beschäftigte von neuen Umgehungsstrategien der Arbeitgeber. Da werden Lohnbestandteile gestrichen, Vollzeitarbeitsverhältnisse in Teilzeitbeschäftigung umgewandelt, Überstunden nicht mehr vergütet, Leistungsvorgaben pro Zeitstunde erhöht etc. Dem wollen DGB und Einzelgewerkschaften mit der Schaltung einer eigenen Mindestlohnhotline und garantiertem Rechtsschutz bei gerichtlichen Auseinandersetzungen für ihre Mitglieder entgegentreten. Geschäftsmodelle, die auf die staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen setzen, sollen endlich der Vergangenheit angehören. Damit das klappt, muss der Mindestlohn auch wirksam durchgesetzt werden. Dies geht nur, wenn die Zollbehörden im Land auch personell aufgestockt werden. DIE LINKE wird im Interesse der Beschäftigten hier weiter Druck machen.

Henning Foerster

Schwimmhalle eröffnet



Endlich ist es soweit – die neue Schwimmhalle auf dem Großen Dreesch wurde eröffnet. Es war vor allem die LINKE, die dafür gestritten hat, den Neubau an dieser Stelle zu realisieren. Andere favorisierten da schon eher Krebsförden oder den Lambrechtsgrund. Rund elf Millionen Euro hat der Neubau gekostet, der moderne Bedingungen für Bevölkerung und Sportler zu einem moderaten Preis ermöglicht. Als LINKE werden wir auch das Thema Sauna noch einmal auf die Tagesordnung setzen, zumal der in Lankow ausgebaute Saunaofen wohl in die neue Halle eingebaut werden könnte.

Neujahrsempfang auf dem Dreesch



Wie jedes Jahr herrschte gute Stimmung beim Neujahrstreff des Stadtteilmanagements Neu Zippendorf und Mueßer Holz in Schwerin. Helmut Holter und Irina Micheilis führten viele interessante Gespräche. Natürlich war der mögliche Abriss der Hochhäuser am Berliner Platz ein Thema, aber auch die Demonstrationen der MVgida-Bewegung. Der Runde-Tisch-Soziales, an dem Viktor Micheilis und André Walther regelmäßig teilnehmen, hat sich das Thema auf die Fahnen geschrieben und versucht mit Aufklärung und Begegnungen Vorurteile abzubauen.

Kinderschutzbund Schwerin bekommt Blauen Elefant



Im 22. Jahr seines Bestehens wurde dem Kreisverband des Kinderschutzbundes Schwerin das Gütesiegel Blauer Elefant verliehen. Damit wird ein vorbildliches pädagogisches Konzept gewürdigt. In Schwerin hilft der Kinderschutzbund unter anderem mit einem Sorgentelefon, einem pädagogischen Mittagstisch, einer Hausaufgabenhilfe und der Prozessbegleitung für Kinder.